

Die Entlassung.

„Ersparen Sie sich jedes Wort
Es bleibt dabei, Sie sind entlassen.
Was nützt das Betteln noch hinaus,
Ich spreche Deutsch, und nicht zum Spassen.
Sie haben frech sich angesehnt,
Sie wollten bessern Lohn erzwingen;
Die Schicht war Ihnen zu gebehut —
Nun mag's die Freiheit Ihnen bringen.“

So tönt des Paschas Machtgebot,
So tönt sein Hoßn noch die Entlassung;
Den Bergmann aber peitscht die Noth, —
Noch einmal spricht er drum mit Fassung:
„Erbarmen, Herr! Wo soll ich hin?
Wo find' ich Arbeit in der Stunde?
Aus Menschlichkeit, hab' milden Sinn —
Mein Weib und Kind geh'n sonst zu Grunde.“

Ich bitte nicht für mich um Brod,
Die Meinen find's, wofür ich stehe; —
Ich zöge vor den raschen Tod,
Doch sie verhangern, wenn ich gehe.
Aus Menschlichkeit, behaltet mich,
Geduldig will mein Loos ich tragen —
Und ist es noch so jämmerlich,
Nie will ich wieder mich beklagen.“

Doch, der Gewalt'ge spricht kein Wort, —
Wag' auch Worte noch verlieren,
Es ist bestimmt, der Mann muß fort,
Was kümmert ihn sein Exilieren. —
Zur Thüre schiebt er ihn hinaus,
So Mancher wird hier abgeschoben —
Er mag dann nach dem letzten Strauß
Da draußen jammern oder toben.

Und Einer mehr — was ist es auch
Wo Tausende zusammenbrechen; —
Es muß der eine arme Gauch
Verschwinden in des Glendbächen.
Es ist des Paschas Sache nicht,
Ob Weib und Kind mit ihm verderben,
Doch die Entlassung war ihm Pflicht —
Und stirbt er — nun, so mag er sterben.

22

Aus der 34. Generalversammlung des Vereins mit dem langen Namen

Und höchst interessante Dinge mitzutheilen.
Bertraten waren 91 Bechen mit einer Gesamtbelegschaft von 119,989 Mann durch 60 Personen. Als Gäste waren anwesend: Regierungspräsident Freiherr von der Rede von der Hordt-Düffeldorf, Geheimrath Regierungsrath Landrath Freiherr von Hölzel-Effen, Oberberggräthe von Ammon und Weidmann zu Dortmund, Oberberggrath Breuer, Berggrath Meißner zu Selsenkirchen, Direktor Schorffstein, Dr. Lehmann (Aachener Bergb.-V.), Dr. Mohs (Magd. Braunkohl.-Bergb.-V.), G. A. Bunt (Generalsecretair des Centr.-Verb. d. Indust.), Dr. Deumer (Generalsecretair d. Wirtschaftl.-V. Düsseldorf), Dr. Strecker, Düsseldorf.

Nehmen wir die Zahl der Bergleute am Schlusse des Quartals 1892 (144,014), welche jedoch durch die jüngst stattgehabten Entlassungen vermindert ist, zum Vergleich, so ergibt sich, daß mindestens $\frac{1}{4}$ der Gesamtbelegschaft des Oberbergamtsbezirks Dortmund an dem Trüben des besagten Vereins interessiert war. Also haben die Maßnahmen des Vereins jedenfalls für uns Bedeutung. Bessere läßt sich auch an der Anwesenheit der Gäste allein schon schließen.

Gedenkt nun der Verein nach der einen Seite hin (wo ihm paßt) gewissermaßen maßgebend vorzugehen und wird darin beständig, so wird er andererseits (bei den Forderungen der Bergleute) diesen maßgebenden Standpunkt nicht zurechnen können. Warten wir dieses ab und hören zunächst, damit sich der bergbauliche Verein befaßt hat.

In einer längeren Rede eröffnet der bekannte Dr. Reismann die Frage der Bergwerksbesteuerung und da erfahren wir Klipp und Klar, worauf es die Herren abgesehen haben. Er heißt an einer Stelle den Reismann'schen Rede: Am 1. Februar 1888 erwiderte auf eine Rede des Abgeordneten Dr. Schulz der Minister von Maybach: Ich habe schon einmal anekdotenberichtet, daß die Bergwerksabgabe eine

Vorgeschichte hat, welche mit der Freigabe des Bergbaues zusammenhängt. . . . Sie soll Ersatz bieten für die Aufschlagskosten des Staates und eine Recognition (Anerkennung) Abgabe für die Freigabe des Bergbaues sein. . . . Ich wünsche jedoch als möglich die Befreiung der ganzen Abgabe, indem ich glaube, daß dieselbe in der That nicht mehr die Bedeutung hat, die sie haben sollte. . . .“

Dazu sagt Dr. Reismann auf einer andern Stelle: „Die Recognitiongebühren ist bereits mindestens zweifach (1) — da der Staat auf seine ursprünglichen Rechte in aller Form längst verzichtet hat. Diese Gebühr gleicht einem Posten im *memoriam periti* (Verlust-Conto), welchen nachzuschleppen keinen Zweck hat.“

Auf welche Rechte soll nun der Staat — nach Dr. Reismann — verzichten haben? etwa auf das Recht der Besteuerung oder auf das Recht des Eigentümers gar? Vielleicht spricht das Bziere dem Hochwerr „Schienenföder- und Falschtempler-Organ“ im Gehirn, da es in eines seiner neuesten Leistungen von „Eigentums- Ertheilung“ faßt. Die betreffende Notiz besagt:

„Der Gewerkschaft „Frühliche Morgenröthe“ zu Watten-scheid ist auf die Mithung vom 13. April cr., das Eigentum des Bergwerks „Wilhelm“ in der Gemeinde Wattenfeld mit einem Felde von 64400 Quadratmetern ertheilt worden, bezugsnehmend der Gewerkschaft „Friedrich der Große“ zu Herne auf die Mithung vom 30. Dezember 1891 das Eigentum des Bergwerks „Emscher Friedrich“ in den Gemeinden Hordhausen und Wippinghausen mit einem Felde von 20090,88 Quadratmetern.“

Diese Sprachweise riecht sehr nach Falschtempler — denn daß der Staat kein Nationaleigentum schlechweg in aller Form verschenten kann, sollte das Schienenföder-Organ doch wissen. Oder glaubt es mit seinem Dunst den L-fern glauben machen zu können, es wären nunmehr den betr. Gewerkschaften die Kohlenfelder (erb- und eigenthümlich) übergeben? Daß die Kohlenfelder in der Form, wie sie nun einmal leiber besteht, verbleiben werden, damit sind die Bergleute nicht einmal zufrieden, viel weniger mit einem „Verschenken“; und etwas anderes kann doch mit dem Wort „Eigentums- Ertheilung“ nicht gemeint sein. Aber auch von der Begebung des Rechts der Besteuerung, was Dr. Reismann „vielleicht“ hat sagen wollen, kann keine Rede sein und zwar aus den ganz einfachen Gründen, daß solches ein absonderliches Privilegium der Bergwerkskapitalisten wäre, die den anderen Kapitalisten gegenüber ein Nationalgut in den Schoß bekommen; was allein schon jede Art von Besteuerung rechtfertigt. Ist bei der Ausbeutung der besteuert verbleibenden Kohlenflöze kein Profit zu machen, so lassen sie davon bleiben; ist aber ein Profit dabei zu machen — was dentlich und in enormer Weise die Abrechnungen zeigen — alsdann ist die Besteuerung der Bergwerke einfach die Pflicht des Staates! Wenn unbedingt Steuer-Erleichterungen im Bergwerksbetriebe stattfinden sollen, dann sind es zunächst die Bergleute, von deren aufstrebender Thätigkeit die Colossaldividenzen herrühren. Die Bergwerkskapitalisten holen selbst kein Pfund Kohlen heraus und haben noch zu verlangen steuerfrei anzugehen, nur daß sie um so eher zu Milliarden reich werden, das ist doch der Sterigkeit und Dreistigkeit höchster Gipfel —

Und dennoch!

Steuerfreiheit für die Bergwerkskapitalisten unter der Bedingung, daß sie die Ständige Schicht, einschließlich Ein- und Ausfahrt, einführen, bei einem Durchschnittslohn (für alle) von 4,50 Mark; ferner jede Krise auf dem Kohlenmarkt von vornherein verhindern und sich bei den Knappheits- und sonstigen Sachen vollständig zurückziehen. Dann bleiben die Bergleute wirtschaftlich ziemlich kräftig und können den Steueranfall leicht durch den größeren Consum besteuerten Lebensmittels decken. Dies ist der einfachste, einzügige und annehmbarste Weg zur Steuerfreiheit der Bergwerkskapitalisten. Aber nur für ihren Dividendenfaß die seitherige Steuer abzuwälzen, dessen Tendenzen das Glend der Bergleute herbeiführt, dazu wird keine Regierung und kein Parlament zu haben sein; denn das wäre der brutalen Gier nach Geld auf Kosten aller Steuerzahler die weitgehendste Konzeption gemacht.

Dr. Reismann läßt sich weiter vernehmen: Die Ungerechtigkeit dieser Steuer ist eine moralische und wirtschaftliche. Sie faßt den Bruttoertrag und wächst mit der Förderung, gleichviel ob ein Gewinn darin fließt oder nicht. — Es folgt dann eine Statistik, wie die Steuer gestiegen während der Reihe von Jahren (mit der Förderung), aber wie die Dividenzen gestiegen sind, ist sorgsam verschwiegen — aber gerade an den letzteren mußte die Dringlichkeit der Steuerbefreiung nachgewiesen werden. Aber Dr. Reismann nimmt nur die Tendenz der Bruttoerträge als Grund zur Steuerentlastung. Er sagt . . . „indem sie (die Bruttoerträge) die größere Förderung belastet, indem sie diejenigen, die anstatt Ausbeute zu geben, ihre Anlagen verbessern, stärker belastet; indem sie damit abhält, die Erträge der Werke zur Stärkung derselben zu benutzen, greift sie an eine der besten Wurzeln der Industrie; sie hemmt den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt . . . usw.“

Daß die Bruttoerträge diese von Reismann hingestellte Tendenz hat, ist vielleicht eine ideale Wahrheit, aber ohne jede Wirkung. Prüft man diese Tendenz auf ihre effektive Wirkung, so zeigt es sich, daß diese Steuer die Stärkung der Industrie (besser: Züchtung der Millionäre) durchaus nicht beeinflußt; und der thatsächliche Effekt (Wirkung) hat hier ganz besonders mitzusprechen. Es ist nämlich zu beachten, daß die zuerst betriebene Vergrößerung und Verbesserung der Anlagen, technisch und präzisier ausgedrückt: daß die rationale Einrichtung der Werke trotz der (anfänglich ja nur geringen) Steuer im weiteren Verlaufe sich an den Dividenzen doppelt und noch mehrfach bezahlt. Sind aber die Dividenzen doppelt und noch mehrfach rationaler Einrichtung, alsdann ist die Bruttoerträge im Vergleich zu einer „entsprechenden“ (1) Nettoerträge das Beste für den Dividendenfaß, weil dann die Steuer nur mit der Förderung wächst, gleichviel ob an jedem Wagen Kohlen 1 oder 3 Mark verdient werden. Und in dieser Tendenz — dies ist doch auch eine Tendenz der Bruttoerträge, Herr Dr. Reismann? wir meinen sogar eine ganz vorzügliche — wirkt die Bruttoerträge geradezu intensio (nachdrücklich) ermunternd auf die Rationalität (ökonomische Art und Weise) der Betriebsrichtungen ein. Der Herr Dr. Reismann versteht es wirklich mit einer famosen Scheinlogik zu brilliren; er muß sich das direkte Gegentheil beweisen lassen. — Außerdem ist noch zu beachten, daß die Bruttoerträge für den colossalen Selbstumsatz, auch für die Dividenzen sogar, eine Kleinigkeit sozusagen nur bedeutet. Für das Jahr 91/92 sind nach Dr. Reismann 5 383 622 Mark zu erlegen, das macht für (angenommen) 125 Zügen durchschnittlich pro Monat 3600 Mark; bei einer durchschnittlichen Förderung von ca. 25 000 Tonnen, etwas über 7 Pfg. pro Wagen. Und darüber ein solcher Krach? Das Geschäft nach Steuerfreiheit? Die Gier bekommt eben nie genug. —

Und sollte der Staat — möglich ist ja schließlich alles — die Steuer fallen lassen, so werden die Bergleute ebenfalls den Anspruch auf eine „Entschädigung“ durch die Besteuerung stellen und die Regierung mit dem Parlamente werden durch und durch wirklich nützlich in der Grube arbeitenden Staatsbürgern wohl mindestens ebenso wohlgenügt sein, wie den Reichsunmittelbaren, die für ihre Besteuerung entschädigt worden sind. Denn gebet müssen die Steuern immerhin werden; wenn nicht durch die Bergwerkskapitalisten, dann durch andere, also auch durch die Bergleute; dies wäre derselbe Fall wie mit den Reichsunmittelbaren. Entweder der Bergwerkskapitalist zahlt die Steuer an den Staat, oder an die Bergleute. In letzterem Falle würde jeder Bergmann pro Jahr ca. 38 Mark erhalten; auch ein kleines Weibchen nachgefragt. —

Die Forderung des Staates an die Bergwerke wäre mit der Steuerbefreiung abgethan; jedoch würde es sich nur noch darum handeln die Förderung der Bergleute an die Bergwerke ebenfalls abzugeben; alsdann wäre die Ausbeutungsgier jeder Fessel ledig. Aber die Arbeiterbewegung liegt ihnen eben hierher schwer im Magen. Nur einige wenige Worte von Dr. Reismann sind noch übrig, um die Stellung der Bergwerkskapitalisten zu der Arbeiterbewegung scharf zu charakterisiren: „Die Arbeiterbewegung hat im verflochtenen Jahre merklich nachgelassen. Wir können mit „Wesfreibigung“ sagen, daß weder ein größerer noch ein partieller Ausstand eingetreten ist.“ Das heißt: Wenn sich die Bergleute ruhig verhalten, können Entlassungen vorgenommen, hochachtbare gemacht, es kann genullt, gestraft und sonstwie zur Vergrößerung der Ausbeute gestreift werden auf . . . Teufel kommt herant! Das verursacht die „Wesfreibigung“. Wir befinden uns also durchaus auf dem falschen Wege, wenn wir die Organisation und Agitation verlassen und die Forderungen aufgeben. Wir befinden uns auch auf einem falschen Wege, wenn wir von einem Streike vollständig absehen, aus demselben Grunde. Welche Bedeutung der Streik in der Arbeiterbewegung überhaupt hat, begreift „B. August“ in seiner Broschüre in folgenden Worten:

„Jede Bewegung, jede Umwälzung, so gesetzmäßig sie verlaufen möge, bedarf eines treibenden Fermentes. Das einzige treibende Ferment sind hier die Einzelinteressen. Der Arbeiter kennt nur die Sphäre seiner Interessen und bedient sich aller ihm geistlich zu Gebote stehenden Machtmittel, um seine Interessen zur Geltung zu bringen. Diese Machtmittel stehen ihm einzig und allein in der Organisation, in der Koalition zur Verfügung. Dies ist das einzige Kampfmittel, das ihm verblieben ist und sein Selbstbehaltungstrieb zwingt ihn unabänderlich, dieses Machtmittel zur Geltung zu bringen. Thut er es nicht, so geht er einfach zu Grunde.“

Da er ebenso wenig die ungeheure Komplikation der wirtschaftlichen Verhältnisse überblicken und vorherbestimmen kann wie der genialste Nationalökonom, so muß er blindlings seinem Selbstbehaltungstrieb folgen und kämpfen; kämpfen mit der Waffe, die ihm die Verhältnisse in die Hand drücken. Ganz gleichgültig, ob er Erfolg hat oder nicht, so bald er prinzipiell auf sein Machtmittel, den Streik, verzichtet, wird er sofort vom Kapitalisten erdrückt; der wiederum nichts anderes kennt, als seine eigene Interessensphäre, getragen durch die äußeren Verhältnisse. Mann an Mann kämpfen Arbeiter

und Kapitalist; der letztere unterstützt durch das ganze Ueber- gewicht der politischen Machtstellung, der Arbeiter mit der einseitigen, ihm überlegen gebliebenen Waffe des Streiks. Auch wenn alle Streiks im Sande verlaufen und sie lediglich zu einer Begleitung der wirthschaftlichen Kämpfe herab- sinken, muß der Arbeiter am Streik festhalten, bis ihm im Verlauf der wirthschaftlichen Umwälzung andere oder bessere Waffen in den Schatz fallen."

Ferner lobt Dr. Neumann die Normal-Arbeitsordnung. — Es kann also dem Bergmann gleichgültig sein, auf welcher Seite er arbeitet, die Fesseln sind die gleichen und bestehen wahrlich nicht zu seinen Gunsten, welches allein schon aus den Ausführungen von Bergath Behrens erhellt: „Ich möchte aus der Geschichte des so verberlich-n (Durchamer) Streiks für uns die Lehre ziehen, daß wir auf unsern nächsten Standpunkte beharren; bei aller Liebe zu unsern Arbeitern (wie? —), bei allem Entgegenkommen danach zu streben, Herren im eigenen Hause zu bleiben. . . Das ist deutlich genug: sie betrachten bereits die Fesseln, deren Knechtstübe ihnen nur bedingungsweise „verliehen“ sind, trotzdem als ihr „eigenes Haus“. Die Bergleute sollen dort absolut nichts zu sagen haben, und nach dieser Auf- fassung steht denn auch die Normal-Arbeitsordnung" aus.

Wie weit sie mit ihren Knebelungsplänen gehen, zeigen uns deutlich folgende Ausführungen, die wir ohne Kom- mentar einfach wiedergeben wollen, denn das politische Würgen und ökonomische Beulen werden die Leser schon selber be- sorgen. Generalsekretär Bued: „Die englischen Bergwerks- kapitalisten werden mit der Sozialdemokratie rechnen müssen und diese wird ihnen noch viele Schmerzen verursachen. — Es ist die Aufgabe der deutschen Arbeitgeber auf allen Ge- bieten der Industrie, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Organisation der Arbeiter zu be- kämpfen. — An dem Durchamer Streik können wir sehen, welche ungeheure Kraft in diesen Organi- sationen steckt. . . Wenn diese Arbeiterorganisation auch bei uns immer mehr an sich greift, und wir haben kein Mittel in der Hand uns dagegen zu wehren, dann werden auch uns schwere Zeiten nicht erspart werden. Wir müssen daher jedes Mittel von der Hand weisen, welches zur Be- günstigung und Förderung der Organisation der Arbeiter dienen kann."

Das steht der Predigt zum Kampfe gegen das spärliche Koalitionsrecht der Arbeiter fast so ähnlich wie ein Ei dem andern.

Dr. Deumer verlangt sogar, daß die akademischen Lehr- stühle von solchen Leuten besetzt würden, die ihnen an- genehm wären. — Auf diese Weise würde dann selbst die Wissenschaft auf den Lehrstühlen nach den Eingebungen des Kapitalismus zurecht geschitten. — Im Anhang hieran er- fahren die Herren Dr. Sombart und einige andere Akademiker (angehende Professoren), sowie Kaplan Dabach eine breite Beurtheilung durch den Generalsekretär Bued, weil sie eben nicht seiner Meinung sind. Kaplan Dabach ist ihm sogar ein „Hektaplan". —

Die Nr. 5 des Programms der 34. Generalversammlung hießte „Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften" seitens der Bergwerkskapitalisten selbst. Im großen und Ganzen sprachen dafür der Referent Bergassessor Wipser-Boschum, Commerzien- rath Aug-Oberhausen, Direktor Hilb; dagegen die Berg- rätthe Behrens und von Welsen und der Stadtrath Kleine. Nur in einem einzigen Punkte waren sie sich einig: bei dem „Befähigungsnachweis" ebenfalls als „Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften." Wo sie also etwas dabei ver- stehen können, da sind sie alle einig; sonst haperts. —

Die Kardinalpunkte der ganzen Verhandlungen der betr. Generalversammlung lassen sich in die paar Worte zusammen- fassen: 1. Abschüttelung der Bergwerksteuer, 2. Kampf gegen die Arbeiter-Organisation, 2a Einführung des Befähigungs- nachweises.

Diesem gegenüber ist 1. ihnen klar zu machen, daß die Steinlohlen pp. nach wie vor Nationalcigenthum sind und bleiben und darum schon jede Steuer gerechtfertigt ist. 2. Ist bei den Wahlen dafür einzutreten, daß wahre Ar- beitervertreter in die entscheidenden Körperschaften ge- wählt werden, die eben dafür sorgen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter, welches nach der herrschenden Tendenz immer mehr und mehr beschränkt werden soll, erweitert wird, und 2a ist auf Schritt und Tritt in der Öffentlichkeit und in der drucklichsten Weise der Befähigungsnachweis als das, was er ist, hinzustellen, nämlich als Beutejagd und weiter nichts.

17 Tage lebendig in der Grube begraben.

(Nachtrag)

Von den Verunglückten (es waren 6 Mann) hat Einer die Sprache verloren und eine Rippe gebrochen, zwei anderen wurden die Hände zerdrückt, während die erst nach 27 Tagen Erretteten dasinfißten. Man sollte nun glauben, daß schon aus purer Scham für die Kräppel etwas geschähen ist. Aber nein! Sie erhielten ein Krankengeld von 40 Kreuzer täglich, während ihnen Medicamente verweigert werden, trotzdem das Befehl des: Berathschusses vorliegt. Die Herren Berg- werksbesitzer brauchen sich eben um Gesehe nicht zu kümmern.

Das Schicksal kommt aber erst! Nach dem Bruchladen- Sturze beträgt die Provision für arbeitsunfähig Gewordene bei mindestens fünfjähriger Beschäftigung 39 Gulden jährlich. Dieselbe steigt jährlich um 3 Gulden, wobei überdies bei Arbeitsunfähigkeit durch einen Betriebs- unfall 20 Jahre hinzugerechnet werden. Nach dieser Be- stimmung würden die Verunglückten 154—160 Gulden zu fordern haben.

Aber mit 50 Gulden wollte man die Leute, die 18 Jahre auf der Grube gearbeitet hatten, akpessen. Einem der Ver- unglückten, der ein schweres Bruchleiden bei der Beschäftigung davongetragen hat, wurde ein dringend notwendiges Bruch- band solange verweigert, als er nicht die Provision von 50 Gulden annahm!

Die armen Leute wandten sich in ihrer Verzweiflung nach Wien. Sie hoffen bei den höheren Instanzen ihr Recht

zu finden. Die Armen wissen nicht, daß man auch „oben“ für sie keine Zeit hat. Mittel, um die Rückreise anzutreten, fähigen die Veteranen der Arbeit nicht. Sie erwarten, daß die Polizei, der die vier Kräppel gewiß nicht entgehen werden, sich ihrer in menschlicher Nahrung annimmt und sie frei nach Hause befördert (?).

Diese Vorgänge werfen aber wieder ein schönes Licht auf den Zustand der Bruchladen. Diese „Humanitäts- institute" haben nur das eine Streben, die Lasten der Herren Bruchbesitzer und Aktionäre thumlichst zu erleichtern. Des- halb das Schächern über die Höhe der Rente, deshalb die Anwendung aller schändlichen Pressionsmittel! Willkür und Rücksichtslosigkeit, Verachtung des Gesetzes und jeder Mensch- lichkeit mögen ihre Organe feiern, die Bruchladen und ihr gegenwärtiges „System" sollen unangetastet bleiben. So die Kapitalisten!

Reuner der Verhältnisse haben erklärt: von den Berg- besörben ist nichts zu erwarten, sie pochen auf die ausschließ- liche Zuständigkeit der Schiedsgerichte; diese letzteren sind entweder nicht konstituiert oder erfahren von den Beschwerden nichts, oder bestehen aus Personen, die in der Regel dieselbe Anschauung haben, wie die — Grubenverwaltung. Ein Berg- mann ist also in Bezug auf seine Ansprüche an die Bruch- laden ganz rechtlos.

Wie wir erfahren, wurde über einen von den Letzt Geretteten die Strafe von 50 Kreuzer verhängt mit dem Bedenken, er hätte sich noch rechtzeitig retten können. — Welche Ironie gegenüber der Menschlichkeit! Wie lange wird man noch so echt österreichisch, echt slavisch, echt slavisch verfahren? —

Nachtrag zu Przibram.

Einer der Vertheiliger der wegen der Przibramer Gruben-Katastrophe verurtheilten Bergleute überreichte der Kabinetskanzlei ein von 1316 Przibramer Bergleuten unter- fertigtes Gnadengesuch.

Die Petenten erklären, daß sie die Gründe für dieses Ansuchen nicht aus den gesetzlichen Bestimmungen, sondern aus dem Gefühl der Menschlichkeit und Gerechtigkeit schöpfen.

Alle Bergleute waren bis zur Katastrophe der festen Ueberzeugung, daß in den Przibramer Gruben keine Feuers- gefahr bestünde. Diese Ueberzeugung bröckelte das allgemeine Sprichwort aus: „Der Felsen brennt nicht." Alle felen aber der festen Ueberzeugung gewesen, daß das Feuer unzmög- lich durch das Wegwerfen des glühenden Dochtrestes entstehen könnte, weil täglich Hunderte solcher Risse weggeworfen werden ohne daß die brennenden Felsen Feuer fangen."

Wenn das Wegwerfen des Dochtrestes wirklich die Schuld trägt am Grubenbrande, dann besteht offenbar auch heute noch dieselbe Gefahr, weil „täglich Hunderte" weg- geworfen werden.

Ueber die Unruhen auf den hiesigen Silberbergwerken wird Nachstehendes berichtet: Am 13. Juli sollte die Aus- zahlung der Bergarbeiter für die Arbeit vor und nach der Katastrophe im Monate Juni stattfinden. Es sollten jedem Arbeiter nach der Klassenkategorie volle 30 Schichten ohne jeden Abzug ausbezahlt werden. Als es aber zum Lohnstage kam, sahen die lieben Leute, wie arg sie in ihren Hoffnungen getäuscht wurden. Allen Arbeitern wurden anstatt 30 Schichten bloß 24 Schichten ausbezahlt und die modernen Abzüge obendrein gemacht. Dazu beschloffen die Kaufleute und Klein- gewerbetreibende den Bergarbeitern nichts zu Sorgen! Beglert machten sich scharenweise auf den Weg, um den Verwalter zu bitten, damit er sich erbarme und etwas Geld vorkredet. Derselbe sagte aber, er könne selbst nichts thun, er müsse erst nach Wien berichten. Der Beamte Helmschager äußerte sogar folgende Worte: „Es wäre am besten, jene Bergarbeiter welche in den Gruben nicht erstickten, niederzuschießen!" (Wie in Zürich?) — Ein jedes Arbeiterherd durchsuchte es bei diesen Worten, der Groß hatte jedem die Faust — aber man überwand sich selbst, damit wirklich nichts Ähnliches geschehe. Als sich die Worte Helmschager's verbreiteten, kamen die Weiber ihre Männer heimzuholen. In der größten Ver- wirrung erschien der Verwalter Helmschager. Als er erblickt wurde, riefen die Weiber: „Das ist der, welcher unsere Männer niederschließen lassen will!" Eine große Unruhe entstand unter den Weibern, bis sie endlich Helmschager über- stürzten und ihm die Haut total ansgarben (Helle, trane und tapfere Weiber! D. A.) Am selben Tage wurde noch eine Deputation gewählt, um beim Vorstände der Bergdirektion und L. L. Bezirkshauptmann Beschwerde zu erheben.

Das heftigste Auftreten der Frauen hat aber soviel ge- nützt, daß die Arbeiter (ihre Männer) noch an demselben Tage den ihnen versprochenen Lohn voll ausbezahlt erhielten, 30 Schichte ohne Abzug!

Ein herzl. „Gut Auf" den Arbeiterfrauen!

Ausbeutung.

Auf dem Kohlenwerke „Maria Antonia", welches dem Grafen Sylva - Tarona, Präsident des Katholikentages in Prag, gehört, war seit circa 2 Jahren der Arbeiter Josef aus Raabnitz beschäftigt. Josef war verheiratet, Vater von drei Kindern, ein viertes wurde erwartet. Der schlechte Ver- dienst den ganzen Winter über hatte ihn in Noth gebracht. Und nun wurde der angesagene, zu schwerer Arbeit unfähige Mann der Möglichkeit, etwas zu verdienen, beraubt. (Der Präsident des Katholikentages in Prag läßt von 2 zu 2 Jahren seine Bergleute ausmustern; welcher bei dieser Musternung schon als genug angesagten erkannt ist, wird entlassen). Ueberall herrschte Arbeitsmangel wie schon seit Langem nicht und wer hätte ihn noch verwenden wollen aus der Schaar der glückigen Kapitalisten? Er sah sich vor eine furchtbare Alternative gestellt. Vom Hungerloch, Verbrechenthum und Selbstmord mußte er eines wählen! Etwas anderes wählen konnte er nicht. —

An dem Tage, da er das letzte Mal in Arbeit war, sah er weinend vor der Werkrampe, fragte wie geistesab- wesend nach diesem und jenem usw. Mittags hatte er sich entschrieben. Er sprang in den über 100 Meter tiefen Schacht des Maria Antonia-Werkes, dem er seine Arbeitsunfähigkeit, seine Noth, sein Elend und seine Entlassung verdankte. Am

Grunde desselben las man den Verschmetterten rückwärts zu sammen, Weib und Kind geriet in die größte Noth und die Moralisten konnten wieder einmal schimpfen über einen Selbstmörder.

Das ist ein einziges Bild aus der kapitalistischen Praxis eines christlichen Theoretikers, der das Wohl der Arbeiter als Wert christlicher Nächstenliebe im Auge faßt. In der Öffentlichkeit für eine patriarchalische Wirtschaftsform eintreten, selbst aber den brutalsten Magieren des Kapitalismus huldigend, das ist das Prinzip dieser Herren.

Eine treffliche Illustration zu Vorstehendem liefert fol- gende Notiz: „Das Kapital von 139 österreichischen Aktien- Unternehmungen betrug ursprünglich fl. 927,977,732, heute ist sein Werth auf fl. 1,507,569,484 gestiegen, hat sich also trotz der sehr „anständigen" Dividenden um fl. 579,591,752 oder um 62 Prozent vergrößert."

Für Arbeitslose.

Dortmund. Mit den Erdbarbeiten zum Dortmund- Ems-Kanal sind gegenwärtig 600 Mann beschäftigt, die sich zum großen Theil als arbeitslos gewordenen Grubenarbeiter rekrutiren.

Aus Australien.

Haden, Süd-Australien, 4. Juli 1892.

Werther Genosse!

Da die Zeitung Deutscher Bergleute über die Vorgänge in allen Ländern berichtet, so theile ich Ihnen folgendes mit, annehmend, daß es für Sie Interesse hat.

Heute, den 4. Juli, Morgens 8 Uhr, haben die Berg- leute der Silberbergwerke in Broken Hill die Arbeit einge- stellt. Beihelligt sind gegen 6000 Mann. Grund: Ein- führung des Kontrakt-Systems, welchem sich die Arbeiter widersetzen.

Broken Hill liegt fast in der Mitte des Continents und gehört zur Provinz New Süd-Wales, hat aber Eisenbahn- verbindung nur mit Süd-Australien. Vor etwa 8 oder 9 Jahren wurde der Silberreichtum dieses Landes entdeckt, eine Anzahl von Aktiengesellschaften entstanden, welche das Land kauften und es zeigte sich, daß die reichste Silbermine entdeckt worden war. Die Broken Hill Proprietary Mine wurde eine unermessliche Fundgrube für die glücklichen Aktionäre. Die Originalaktie kostete 9 Pfund St. (180 M.), die Dividenden betrugen seit Jahren 6 Pfund St. (120 M.) pro Monat, die Aktionäre erhalten also alle sechs Wochen ihr Originalkapital zurück. —

Die anderen Unternehmungen waren nicht ganz so glück- lich, jedoch machten alle ein hübsches Profitchen. Unter solchen Umständen sollte man meinen, daß auch die Arbeiter dieser Bergwerke etwas Borthell von dem Reichtum derselben hätten; jedoch weit gefehlt! Im Anfang waren die Löhne groß, aber auch die Entbehrungen zc. zc. der Arbeiter ganz außer- ordentliche. In einem Umkreise von hunderten von Meilen ist das Land eine Wüste; kein Baum, kein Strauch (mit Ausnahme des Saltbush — Salzbusch) soweit das Auge reicht; in den Niederungen der Boden mit einer Salzschicht belegt, dabei trocken, heiß und häufige Sandstürme. Alles, aber auch alles, was zur Erhaltung des Lebens nöthwendig ist (Wasser eingeschlossen), mußte hingeführt werden. Sobald man merkte, daß es sich bezogte, baute man die Eisenbahn und damit wurde vieles erträglich.

Während des großen Maritime-Streiks vom Jahre 1890, welcher ganz Australien durchhefte, wurde ein großer Schach- zug verjagt. Die Bergleute nämlich feuerten den größten Theil zum Streikfonde, um dieses nun zu verhindern, wurde den Bergleuten in Broken Hill (die in den Kohlengruben be- fanden sich bereits im Auskande) eine erhebliche Lohnreduktion angekündigt; die Folge war: Streik. Diesmal hatten jedoch die Direktoren die Rechnung ohne die Aktionäre gemacht. Beglert fürchteten, auf längere Zeit auf ihre bereits fetten Dividenden verzichten zu müssen und so wurde ein Druck auf die Direktoren ausgeübt, daß dieselben sich bereit erklärten mit den Arbeitern unterhandeln zu wollen. Das Ergebnis war ein Kontrakt zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, dessen Hauptpunkt, der Lohn, von 10 Sh. (etwas über 10 Mark) pro 8stündige Schicht festgesetzt wurde. Auf Grund dieses Kontraktes ist bisher in allen Minen des Silberdistriktes ge- arbeitet worden.

Seit einiger Zeit lasteten bereits Gerüchte, daß Aende- rungen dieses Kontraktes von den Direktoren beabsichtigt seien, welches die Geschäftsführer (Manager) der Bergwerke sich als grundlos erklärten.

Pöhllich erhielt der Sekretär der Bergarbeiter-Union die offizielle Mittheilung vom Sekretär der „Verinigten Silber- bergwerksbesitzer", deren Sitz in Melbourne, Prov. Victoria, ist, daß es die Absicht der Besizer sei, die Gruben künftig nach dem Kontrakt-System zu bearbeiten, weshalb der alte Kontrakt gekündigt werde. Die Arbeiter forderten eine Unter- redung mit den Besizern, diese erklärten jedoch, da sie nichts zu unterreden hätten, das Kontrakt-System werde eben ein- geführt. Infolgedessen war die letzte Woche eine sehr leb- hafte; die verschiedenen Abtheilungen der Union hielten Ver- sammlungen und erklärten sich gegen das neue System. Gestern, Sonntag Nachmittag, fand die große Versammlung aller Arbeiter unter freiem Himmel statt und wurde ein- stimmig beschlossen, am nächsten Morgen nicht anzufahren. Auf den weiteren Verlauf darf man gespannt sein.

Die Rasse ist nicht sehr stark, doch darf man auf gute Unterstüttung rechnen.

Das Kontrakt-System wird allgemein Schmitz- und Hungerstern genannt. Es werden die Arbeiter in Sub- mission gegeben, wer sich am billigsten anbietet, erhält jedes- mal die Arbeit.

Der Ausstand erstreckt sich auf die Gruben der folgenden Gesellschaften:

Broken Hill Proprietary Co. (die größte), British N. S. Prop. Co., B. S. Nod 10 Co., B. S. Nod 14 Co., Central N. S. Mining Co., B. S. South Silver M. Co., B. S. Junction S. M. Co., B. S. North S. M. Co. und North Hill S. M. Co.

Mit sozialdemokratischem Grusse Carl Wiese.

Wenn nun auch die Mittheilungen unseres Correspondenten ziemlich spät ankommen, so haben wir dafür auch den Vortheil der größten Genauigkeit und Wahrheit. Letztere ist schon durch seine politische Stellung verbürgt.

Ein Wort zur Beherzigung.

Es wird jetzt so viel von Abwenden und Ausstreuen einzelner Mitglieder aus dem Verbands geschrieben und gesprochen, daß es wohl an der Zeit ist, diese Sache selbst etwas näher ins Auge zu fassen.

Zuerst also die Frage: Warum wollen einzelne Mitglieder aus dem Verbands treten? Die Antwort im Sinne der Gefragten lautet jedenfalls: Weil sie mit dem Ausfall der letzten Generalversammlung im Großen und Ganzen nicht einverstanden sind; also in anderen Worten: Die Minorität ist mit den, theils durch schriftliche, theils durch mündliche Abstimmung ergelzten Beschlüssen der Majorität nicht einverstanden — hier folgt der Passus, den wir als unlogisch und unberechtigt nicht unterschreiben können — tritt deshalb aus dem Verbands. Um einer irrigen Auffassung unserer Meinung gleich vorzubeugen, schicken wir hier voraus, daß wir damit durchaus nicht behaupten wollen, der durch Abstimmung ergelzte Beschluß der Majorität sei immer der weisere und bessere. Im Gegentheil, die Ansicht der Minorität mag in sehr vielen Fällen für das Wohl und Wehe des Ganzen weit besser und richtiger sein, aber — und hier kommen wir auf den Punkt, warum es sich lebhaft handelt — die Minorität ist moralisch nicht berechtigt und handelt logisch unrichtig, wenn sie sich durch das Unterlegen ihrer eigenen Ansicht verleiten läßt, die Sache selbst — welche mit dem Resultate der Abstimmung durchaus nicht identisch ist — fahrlässig und wie ein großes Kind zu verlassen. Wir gebrauchen den Ausdruck — wie ein großes Kind — weil aus ein solcher Vergleich in gewisser Beziehung passend und berechtigt erscheint. Hier wie dort spielen Eigensinn und verkehrte Selbstliebe (wenn auch vielleicht unbewußt) eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das eigenwillige Kind — falls ihm beim Spiele mit Altersgenossen nicht gleich Alles nach Wunsch geht — sagt einfach: Nun gut, wenn ich nicht spielen wollte wie ich will, so thut ich nicht mehr mit — und geht seiner Wege. Ob es bei den anderen Kindern dadurch zum Spielverderber wird und ihnen so auch die Lust verfährt, ist ihm gleichgültig — es folgt einfach seinem Kopfe. Das große Kind verfährt der schon im Altere erwählten, vereinigten Mitglieder ist diesem Bilde wohl ziemlich ähnlich. — Auch sie wollen dem Verbands abtrünnig werden, weil ihre, für das Wohl desselben vermeintlich besseren Ansichten, in der Generalversammlung nicht durchgegangen sind. Statt mit erneuten Kräften und verdoppelter Energie für die Verwirklichung ihrer Ideen einzutreten, verlassen sie in das entgegengesetzte Extrem und erdrücken sich selber durch Schwächung des Verbandes. — Um die Objektivität unseres eigenen Urtheils darzulegen, bemerken wir an dieser Stelle ausdrücklich, daß auch wir vielen Anträgen der unterliegenden Minorität voll und ganz beistimmen und beigestimmt haben, aber — und immer wieder kommen wir darauf zurück — es ist unlogisch und moralisch nicht gerechtfertigt, sich durch einen Mißerfolg der eigenen, wenn selbst besten Ansichten, zu einem schmachvollen Abfall an der guten Sache verleiten zu lassen. Auch würde es allen Gesetzen der Logik und des gesunden Menschenverstandes Hohn sprechen, wollten wir das Resultat der Abstimmung nicht mehr als das allein maßgebende und bindende Produkt einer Versammlung anerkennen. Wie anders wäre es möglich, den Zwiespalt der verchiedenen Ansichten zu einigen, als durch eine richtige und gerecht gehandhabte Abstimmung. Zugabe, daß auch hierbei nicht stets das Bessere und Beste zum Austrage kommt, so gilt dies der unterliegenden Minorität doch durchaus nicht die Befugnis, das Resultat der Abstimmung zu verwerfen oder zu ignorieren, — resp. deswegen von der Vereinigung auszuscheiden. Ihr bleibt als letzte schneidende Waffe noch immer die Opposition, und, falls sie solche zu handhaben versteht, ist es nur eine Zeitfrage, um der wirklich besseren Ansicht auch den gebührenden Sieg zu verschaffen.

Wohin würde es — nicht allein mit unserem Verbands — sondern mit einer jeden Vereinigung kommen, wenn die bei notwendiger Abstimmung unterliegende Minorität, der Vereinigung selbst stets den Rücken kehren wollte. Wir hätten dann das Schauspiel, heute diesen und morgen jenen Theil der Mitglieder austreten zu sehen — kurzum, die Sache würde bald alle sein und der Ueberstand triumphieren. Aber es wäre eine solche Handlungsweise nicht allein unvernünftig, sondern auch schlecht und von einem jeden Recht denkenden tief zu beklagen.

Wer es mit seiner Sache wirklich gut meint und ein zielbewusstes Verbandsmitglied ist, wird — sollte ihn auch die Mehrheit überstimmen — nie Grund dessen aus dem Verbands treten. Derjenigen, die solches zu thun im Verbands sind, haben es entweder nie ehrlich mit unsern Bestrebungen gemeint, oder sie sind zu lafsch, um die ganze Tragweite eines derartigen Schrittes zu überschauen. Denn nicht allein ihre eigene und die Zukunft ihrer Kinder gefährden sie, auch die Hoffnungen der Kameraden, die sie freudiglich vernichten, indem sie den Verband schwächen und dadurch eine Besserung unserer Arbeitsverhältnisse unmöglich machen. Möge man es doch noch rechtzeitig erkennen, wie sehr ein Massenaustritt aus unserer jungen, so reichlich geschaften Organisation die eigenen und die Interessen aller Kameraden auf Jahre hinaus schädigen würde. Wir schreiben diese Zeiten keinem zur Last und keinem zu Leide — nur das Beibehalten des Verbandes und das dadurch bedingte Wohlergehen seiner Mitglieder, sind der Impuls dazu.

Darum, Vertrauensmänner und Kameraden, beherzigt sie und handelt darnach, damit unser Verbands, diese stolze Erregungsschafft vom Jahre 1889, immer mehr wachse und gedulde zur leiblichen und geistigen Besserstellung seiner Mitglieder.

O laßt euch nicht verwirren,
Dum Wege abzuwenden,
Durch Trug und Schmeichelei.
Schaut am euch in die Ruhe,
Denn Alles gleicht euch Ruhe:
„Beharren führt zum Ziel!“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Sehr häufig tritt in jüngster Zeit der Anfall des Bruchschadens auf, bei welchem aber sämmtlichen, so möchten wir sagen, die Berechtigung des Schadenersatzes abgesprochen wird. Es liegt uns eine derartige Entscheidung vom Schiedsgericht für die Section 2 der Knappschaftsberufung vor, deren Gründe wir des allgemeinen Interesses wegen zur Kenntniß bringen.

Der Anspruch auf Unfallentschädigung wegen eines Bruchschadens ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Bruch durch ein bestimmtes für den betreffenden Arbeiter mit mehr als betriebsüblicher Anstrengung verbundenes Betriebsereigniß plötzlich hervorgerufen ist. Es bedarf deshalb bei der Möglichkeit einer allmählichen Entwicklung eines Bruchschadens einer dem vollen Beweise wenigstens nahekommenen Häufung von Wahrscheinlichkeitsumständen, wenn die Entstehung des Bruches in der oben angegebenen Weise dargethan werden soll. Es folgt dann der Nachweis, daß der spezielle Fall auf diese Voraussetzungen nicht zutrifft und schließlich der, die Anschauungen, auf welche sich obige Gründe stützen, scharf hervorhebende Satz: „Hiernach ist die Annahme gerechtfertigt, daß sich der Bruchschaden durch eine Reihe größerer und kleinerer Anstrengungen, ohne von dem Kläger beachtet zu werden, allmählich herausgebildet hat und an dem mehrwöchentlichen Tage sich zum erstenmale in schmerzhafter Weise bemerkbar machte.“ Das Vorliegen eines Betriebsereignisses resp. Betriebsereignisses ist also für die Entschädigung erforderlich und auch noch der Nachweis, daß der Bruch hierbei plötzlich entstanden ist.

Wenn also ein Bergmann, dem schon durch das „mühsamer“ keine Rosen blühen, sich eben durch diese Arbeit einen Bruchschaden zuzieht, ohne daß er es auf die vor- geschriebene (1) Weise thut, der bekommt einfach nichts; auch dann nicht, wenn er durch den Bruch unfähig zur Arbeit geworden ist — Das sind die sanitären und allgemein „zufriedenstellenden“ Wirkungen der Versorgungsanstalten für verletzten Arbeiter: Sie können eben damit vorhingen — Es ist die Aufgabe der gesamten Bergarbeiter durch energisches Auftreten bei der Wahl zu den in diesen Sachen entscheidenden Körperschaften Einfluß zu erlangen, um auf diese Weise bei Verathung der betreffenden Vorschriften der Menschlichkeit freie Bahn zu schaffen.

Was nützen alle Versorgungsanstalten, so lange noch ein Theil der elenden und verletzten Arbeiter dabei zu Grunde gehen? Der trasse Individualismus solcher absonderlicher Bestimmungen, nach denen nur die nach Vorschriften verletzten entschädigt werden, muß ganz entschieden bekämpft, muß vernichtet werden, und das sobald als möglich.

Es ist ein Hohn auf die Menschlichkeit und auch auf das Prinzip der Entschädigung, der Unterfugung, daß es mit der Abweisung Verletzten geradezu auf den Kopf gesteckt wird. Beim Spazierengehen haben die Arbeiter sich keinen Bruchschaden zugezogen, darum versteht auch der Bourgeois das Elend der Arbeiter nicht und zieht diese jede Menschlichkeit höhnende Grenzen bei der künftigen Unterstützung.

Aber alle elenden und verletzten Arbeiter sollen hinreichend unterstützt werden. So lange dieses nicht erreicht ist, bleibt uns der Kampf; der Kampf um die Kultur.

Zur Besteuerung.

Ein Zeitartikel in Nr. 27 in 1890 behandelte die „Besteuerung bedürftiger Stände“. Es war dasmal eine statliche Reihe „Reichthumsmittelbarer“, die steuerfrei war. Kurz nachher eröffnete Fasangel seine Angriffe auf eine „andere“ Steuerfreiheit ebenfalls, welche von sofortigem Erfolge gekrönt waren. Jetzt endlich (1) sind auch die bedürftigen Stände in ein Steuerstadium heringeholt. Hören wir, was der „Vorwärts“ darüber schreibt:

Der Adel steigt von seinen Burgen nieder und holt sich Geld aus des Bürgers Tasche als Entschädigung für ein Recht, das er nie gehabt, Entschädigung dafür, daß er sich bisher der allgemeinen Steuerpflicht, die den Armen belastet, entzogen hat.“ Das Gesetz datirt vom 18. Juli 1892. Der § 3 des Gesetzes lautet:

§ 3. Entschädigungspflichtig sind: 1. der Fürst zu Bentheim-Steinfurt, 2. der Fürst zu Salm-Salm, 3. der Fürst zu Sayn-Wittgenstein, 4. der Fürst zu Solms-Braunfels, 5. der Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, 6. der Fürst zu Wied, 7. der Graf zu Stolberg-Stolberg, 8. der Graf zu Stolberg-Rohr, 9. der Fürst zu Jsenburg-Birkstein, 10. der Fürst zu Jsenburg-Büdingen in Wächtersbach, 11. der Graf zu Jsenburg-Büdingen in Meerholz, 12. der Graf zu Solms-Rödelheim, zu 1 bis 12 für ihre Personen und die Mitglieder ihrer Familien, 13. der Fürst zu Stolberg-Wernigerode für seine Person und die am 1. April 1893 in der Grafschaft Wernigerode lebenden Mitglieder seiner Familie. (Dann folgen einige sog. Seitenlinien und die Grundlagen der Besteuerung, nach welchen die Entschädigungsmillionen festgesetzt werden.)

Das Gesetz ist vom gesamten Staatsministerium unterzeichnet. Einen Rechtsgrund auf Steuerfreiheit haben diese Familien nicht, ja selbst wenn sie ihn hätten, so haben ihn die meisten dieser Familien durch ihren schmachvollen Verfall des deutschen Volkes längst verwirkt. Wir finden hier die Namen von Familien, welche speckelend vor Napoleon im Staube lagen und um ein Stück von der Deute, die dieser machte, bettelten. Als das deutsche Volk 1813 mit seinem Blute die Unabhängigkeit von Napoleon erkaufte, da hätte es Gnade genug, daß es an jenen Sippen nicht Vergeltung übte. Freilich schüßler Dant wurde nach 1813 dem deutschen Volke von seinen Fürsten, und die Helfershelfer Napoleons konnten sich als „Ehrenbürger“ den Regierungen zur Seite stellen. Und als 1870 der große Sieg geföhrt wurde, der als „nationaler“ That gepriesen und besungen wurde, als die deutsche Einheit „befestigt“ war, da hielt der hohe Adel noch fest an den „Vorrechten“ und „Privilegien“ aus der Zeit von „Deutschlands tieferer Schwärze“. Kein

Jenenser Professor, kein Treitschke und kein Hädel, Keiner aus der Bismarck'schen Kuratulanalle erkannte das Schmachliche dieses „Privilegs“. Jetzt hat der preussische Landtag, der hohen Adels beschlossen und der hohe Adel hat sein Geld ein. Nur Bawpe sind beschreiben —

Eine Statistik, die viel zu denken giebt, findet sich in englischen Blättern. Nach derselben sind in geschichtlicher Zeit rund 800 Fürsten aller Rangstufen abgestorben. Außerdem wurden 64 zur Abhaltung gezwungen, wovon 21 nicht weiter leben wollten und sich selbst tödteten. Weitere 108 gekrönte Häupter wurden zum Tode verurtheilt und hingerichtet. Endlich erben von 2850 Kaiser, Königen und Fürsten, welche mit mehr oder minder schwerer Hand geherrscht haben, 24 in offenbarem Wahnsinn, 100 kamen in Kriegen um, 123 wurden gefangen genommen, 25 wurden gefoltert und 151 ermordet.

Bergarbeiter-Bewegung.

Frameries, 15. August. Der Bergarbeiter-Congress, welcher von 100 Delegirten besucht war, votirte einstimmig für einen Ausstand, beginnend, sobald die Comitanten nicht das unbefristete allgemeine Stimmrecht annehmen.

Nashville, 15. Aug. Die Bergarbeiter der Trachy-biller Gruben befreiten die dort beschäftigten Zuchtthiere der Tennessee-Eisenbahngesellschaft der Konkurrenz wegen, brannten das Zuchtthier nieder und expedirten die Zuchtthiere mit Eisenbahnhäuten, indem sie Bahndiener zwangen, den Zug abfahren zu lassen. Die Zuchtthiere sind angeblich entkommen, nachdem der Zug zum Stehen gebracht worden war. Nähere Details fehlen, da die Bergleute die Telegraphenbrüche zerstörten.

Menschenopfer der Bergwerke.

betrieben nach der Methode der kapitalistischen Wirtschaftsbauung.

Bergeborbeck, 15. August. Es verunglückte heute Abend auf dem neuen Schacht der Ziche „Carolus Magnus“ zwei Bergleute, indem sie in den zur Zeit etwa 80 M. tiefen neuen Schacht hinabstürzten. Einer derselben, der verheirathete Bergmann vom Bruch, war sofort todt, der andere Namens Freitag hat merkwürdigerweise nur eine ziemlich leichte Verletzung davongetragen.

Im Bergwerk Salla de Gagnieres kamen acht Arbeiter beim Verlassen des Schachtes infolge Zerreißen des Korbseils ums Leben.

Wien, 17. August. Auf dem Fürstlich Esterhazy'schen Braunkohlenwerk „Neufeld-Winterbrunn“ ist das Wasser eingebrochen, während 1200 Arbeiter in demselben beschäftigt waren. Ein großer Theil des Werkes ist zerstört, die Gesamtproduktion ist eingestellt. Ob Menschenleben zu Grunde gegangen sind, ist noch nicht festgestellt, aber höchstwahrscheinlich.

Saarreiter, 11. ds. verunglückte der Bergmann Jac. Deller aus Krähensbusch auf Grube Dechen. Derselbe erlitt einen Beinbruch und mehrere sonstige Verletzungen.

München, 17. August. Durch eine Entladung schlagender Wetter im Peissenberger Kohnbergwerk sind gestern vier Bergleute verunglückt. Zwei derselben sind schwer verletzt zu Tage gefördert, die beiden anderen haben wahrscheinlich das Leben eingebüßt. Nach weiteren Berichten aus Peissenberg sind die beiden Bergleute, welche bisher nicht zu Tage gefördert werden konnten, wie gleich Anfangs befürchtet wurde, ums Leben gekommen.

Eine Schlagwetter-Explosion fand am Freitag Abend auf dem Schachte Kaiserstuhl 1^o statt und zwar im Föhl 5 der ersten Bauzöble. Die Hauer Ebert und Schläger erlitten bedeutende Brandwunden am Kopfe und an den Händen, so daß die Ueberführung in das Königl. Hospital erfolgen mußte.

Auf Zeche „Gladbach-Lieben“ rutschte der Hauer A. Saye aus Hombroich im Bremsbergbau aus und erlitt eine Verletzung des rechten Kniegelenks.

Eine Quetschung der rechten Hand erlitt auf „ber. Hamburg“ der Hauer Wilh. Mafelowsky beim Entgleiten eines vollen Förderwagens.

Auf „Margaretha“ erlitt durch Steinfall aus dem Gangen der Reparaturhauer Josef Glare zu Eßbergholz eine Kontusion im Rücken.

Auf „Zollern“ erlitt der Hauer Heinrich Borries in einem Ueberhauen des Föhl 1^o mehrere Kopfverletzungen sowie Entzündungen an Brust, Rücken und linken Arm und ist ins Krankenhaus gebracht.

Auf „Monspol“, Schacht 1 erlitt der Schrämer A. Rinte eine erhebliche Verletzung am Kopf und rechten Vorderarm.

Auf „Freie Vogel und Ueberhoff“ erlitt der Behr-hauer Linemann durch Steinfall eine Fraktur der großen Zehe und Zerschmetterung der zweiten Zehe des linken Fußes und ist in das evangelische Krankenhaus zu Hörde geschafft.

Namur, 17. August. Auf einem Schachte des Kohnen-werks Arismont im nahen Anvelais brach ein mit Ketten unter dem Fördergestell befestigtes Gerüst (schwebende Bühne), auf welchem vier Arbeiter mit Anseherung der Föhrröhren-führung beschäftigt waren. Zwei Arbeiter stürzten 40 Meter hinab und blieben sofort todt; die beiden anderen konnten sich so lange an die herabhängenden Ketten des Gerüsts klammern, bis sie befreit wurden.

Rundschau.

— Aus England wird abermals ein großer Streik signalisirt. Nach längeren Vorberhandlungen haben am Freitag die Spinner von Oldham, die etwa 10 Millionen Spinn-deln im Gange halten und 80,000 Arbeiter beschäftigen, eine Reduktion der Abgabe um 10 pSt. angefordert, die in vier Wochen in Kraft treten soll und werden diesem Beschlusse die sämmtlichen Spinnereien von Lancashire und Yorkshire im Laufe der nächsten Woche beitreten. Die Arbeiter erklären, diese Herabminderung nicht annehmen zu wollen, und ihr Verbands trifft die Vorbereitungen zu dem unabwendbaren Kampfe.

Aus diesem ist zu ersehen, daß nicht mehr die Arbeiter, sondern die Kapitalisten die Streiks in England insceniren,

